

Die über das Stadtgebiet Hohenstein-Ernstthal verhängt gewesene **Gaubeisperre** wird hierdurch wieder aufgehoben.
Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 12. September 1921.

liehender Artise würden aber in ihrer Bedeutung nicht unerschöpflich. Der Münchner Korrespondent der Zeitung hält es nicht für wahrscheinlich, daß die Krisis zu Veränderungen in der Regierung und in der Regierungsmehrheit führen würden. Geschiehe dies doch, so würde der Eintritt der Sozialdemokraten in die Koalition der Sozialdemokraten in die Diktatur in Bayern auszurichten und fordert die Arbeiter demgegenüber zu höchster Bereitschaft auf. Der „Vorwärts“ widerspricht der Behauptung der „Freiheit“, daß die Unabhängigen Widerspruch gegen die Formulierung des Kompromisses erhoben hätten. Die Führer beider sozialistischer Parteien hätten lediglich nochmals aufs nachdrücklichste die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern gefordert.

Stegerwald gegen eine Uebergangspolitik.

In einem Artikel in „Der Deutsche“, in welchem sich der preussische Ministerpräsident Stegerwald mit den Verhandlungen zur Umbildung der preussischen Regierung beschäftigt, führt er aus:

Gegenüber der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vertritt ich die Meinung, daß nicht die Parteienfragen der Vergangenheit den Ausgangspunkt für die Politik im nächsten Winter abzugeben haben, sondern die Frage: Wie kommt das deutsche Volk wieder am ehesten aus dem gegenwärtigen Elend heraus? Dafür ist neben einer klaren und zielklaren Innen- und Außenpolitik eines der ersten Erfordernisse die Stabilisierung der Mark. Das Finanzprogramm der Reichsregierung wird in der Hauptsache von folgender Basis auszugehen haben:

1. Geredeter Ausgleich zwischen Besitz- und Massenverbrauchssteuern;
2. Größerer Eingriff in die Vermögenssubstanzen, der sich nicht vermeiden lassen;
3. ausreichende Beschaffung von Devisen.

Die Stunde ist gekommen, in welcher sowohl das Reich wie auch Preußen seine Politik auf längere Sicht einstellen muß. Das Reich und Preußen können ein Uebergangskabinett nicht mehr gebrauchen. Voraussetzung für jede Teilnahme an einer Koalition auf breiterer Basis ist die Anerkennung der Verfassung, ihre Vertretung mit allen künftigen Mitteln nach allen Seiten, Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung. Dafür ist im Reich und in Preußen eine Mehrheit vorhanden, und auch die Modalitäten zu ihrer Zusammenfassung lassen sich finden.

Erhöhung der Kohlenpreise

Die am Freitag stattgefundene Sitzung der Dr. gane der Kohlenwirtschaft hatte zur Kohlenpreisfrage Stellung zu nehmen, nachdem durch die letztigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bergbaues eine Lohnerhöhung ab 1. September von 7.50 bis 10 Mark duhntlich pro Mann und Schicht teils vereinbart, teils in der Schube ist. Es wurde beschlossen, die Lohnerhöhung durch eine entsprechende Preiserhöhung in den einzelnen Steinkohlen- und Braunkohlenrevieren abzugelten. Die Preiserhöhung für das rheinisch-westfälische Revier wird demgemäß ab 1. September 21 Mark pro Tonne ausschließlich Steuer betragen. Der Beschluß erfolgte einstimmig und wurde durch die zuständigen Regierungsstellen nicht beanstandet.

Sächsische politische Mitteilungen.

Bud über die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes

Am Donnerstag sprach Ministerpräsident Bud in einer auch von bürgerlicher Seite stark besuchten Versammlung in Schöpnitz. Herr Bud wandte sich scharf gegen die alles verberbende Kritik, die die weite Kreise befallen habe. Bei der Besprechung der Mittel und Wege zur Wiedergewinnung der Verhältnisse stellte er den Grundgedanken der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes auf. Die neuerlichen Maßnahmen der Regierung gegen die Krise, die sich feiner Ansicht nach mit der neuen Zeit nicht abfinden wollten, seien als Akt der Notwehr und zum Schutze der Verfassung unerlässlich gewesen.

An der Aussprache beteiligte sich der völksparteiliche Landtagsabgeordnete Voigt. Dieser unterstrich das Belieben des Volks zur Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes, in deren praktischer Auswirkung einzig und allein der Weg zur Rettung zu finden sei. Das bedeute aber eine entschiedene Abkehr vom Klassenkampfgedanken. Die von der sächsischen Regierung eingeschlagenen Wege, zum Beispiel das Redeverbot Bräutigams usw., lassen aber Verwirrung und Verleumdung der rechten Grenzen erkennen. Zu beklagen sei, daß in kulturpolitischer Hinsicht in Sachsen die Reichsverfassung öfter umgangen worden sei. Zuletzt hatte sich die Diskussion ganz auf Schule und Religion unterrichtet, wobei Bud der Religion ebenso wenig einen Platz in der Schule einräumen wollte, wie der Politik, während Abg. Voigt das Recht der Entscheidung den Eltern zusprach und Artikel 140 der Reichsverfassung verteidigte, nach dem Religion ordentliches Lehrfach in den Schulen ist.

Der sächsische Justizminister über die letzten Hausdurchsuchungen.

Aus dem Justizministerium wird uns geschrieben: „In verschiedenen Tageszeitungen ist mitteilend worden, es sei im Juni 1921 ein gestelltes staatsanwaltschaftliches Verfahren gegen die Deutschnationale

Völkspartei und gegen die Organisation Escherich auf Veranlassung des neuen Justizministers Dr. Zeigner wieder aufgenommen worden. Diese Mitteilung entspricht in dieser Form nicht den Tatsachen. Es handelt sich um das Ermittlungsverfahren gegen den Major a. D. Helm, den Hauptmann a. D. Reinhold von der Organisation Escherich und den Dr. Kürbs, sämtlich in Dresden. Herr Helm und Herr Kürbs haben im Juni 1921 eingestandenemäßig militärischen Verbänden Mannschaften zugeführt. Es frag sich, ob sie damit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 verstoßen haben. Die Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren gegen die Beschuldigten eingestellt, weil ihnen nicht zu widerlegen sei, daß sie den sächsischen Heimatschutz für eine von der Reichsregierung stillschweigend anerkannte Organisation gehalten hätten. Der Justizminister Dr. Harnisch hatte am 25. Juli 1921 die Nachprüfung dieses Einstellungsbeschlusses angeordnet. Das ist bis zum 7. September 1921 unterblieben. An diesem Tage hat Dr. Zeigner von sich aus die Nachprüfung vorgenommen, insbesondere in der Richtung, ob ein Verstoß gegen die Bekanntmachung der Reichsregierung vom 24. Juni 1921, betreffend Auflösung der Organisationen Escherich, vorliegt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Von einem Ermittlungsverfahren gegen die Deutschnationale Völkspartei als solche, von dem zum Beispiel eine Dresdener Korrespondenz berichtet, ist im Justizministerium nichts bekannt.“

Der Saatenstand im Freistaat Sachsen Anfang September.

Auch in den vom sächsischen statistischen Landesamt angefertigten Ermittlungen geht hervor, daß der Stand der noch ausstehenden Feldfrüchte ein nur sehr wenig befriedigender ist. Kartoffeln und Rüben stehen nur mittel, Alee und Weizen nur mittel bis gering. Durchgängig ist über den Stand vom August noch eine geringe Verschlechterung festzustellen. Im übrigen gibt das statistische Landesamt zu den Ermittlungen folgende Bemerkungen:

„Die seit Wochen andauernde beängstigende Trockenheit wurde vom 12. bis 15. August durch ergiebige Niederschläge wohltuend unterbrochen. Das Wachstum der noch ausstehenden Feldfrüchte ist dadurch, soweit diese nicht schon durch die Trockenheit zum Absterben gekommen waren, zu neuem Leben erwacht. Obwohl in kurzer Zeit sehr reichlich Regenmenge gefallen sind, ist doch das Erdreich durch Wind und Sonne wieder so ausgetrocknet, daß weitere Niederschläge für das Gedeihen der Hadfrüchte und Futterpflanzen und für die Vorarbeiten der Bestellung der Winterfrüchte sehr erwünscht wären. Die Ernte der Getreidefrüchte ist in der Hauptsache beendet und in vorzüglicher Güte eingebracht worden. Auch der Ertrag scheint bei Winterhalbfeldfrüchten mit geringen Ausnahmen zu befriedigen, während bei Sommerhalbfeldfrüchten die Trockenheit etwas von Einfluß gewesen ist. Besonders wird das Gewicht der Körner des auf sandigen und leichten Böden geernteten Hafers als ziemlich leicht bezeichnet, weil hier die Trockenheit vielfach zur Notwendigkeit getrieben hat. Die Kartoffeln haben gleichfalls unter der Dürre sehr gelitten; das Kraut der frühen und mittelfrühen Sorten ist zeitig abgestorben, so daß der sonst reichliche Anhang zum Teil nur kleine Knollen aufweist. Den späten Sorten scheint der Regen noch etwas genützt zu haben, wenigstens hat sich das Kraut zum Teil noch grün gehalten. Es zeigt sich aber bei letzteren mitunter etwas Zweiwuchs, inwieweit dieser die Güte und den Ertrag beeinflussen wird, läßt sich nicht bestimmen. Die Rüben haben nach dem Regen etwas frischeres Aussehen bekommen, sie und die Kartoffeln werden aber durch Engerlinge etwas heimgesucht. Am ungünstigsten war die lange Trockenheit für die Futterpflanzen. Die Weiden haben nur einen schwachen Grummetrag ergeben, stellenweise können sie nur abgehütet werden. Sie und damit auch ein Teil des zweiten Schnittes der Weide als Ertrag für den mangelhaft gewachsenen Alee grün verfüttert werden. Das gefäete Herbstfutter ist lüdenhaft aufgegangen und wächst nicht von der Stelle, so daß sich der Mangel an Grünfutter immer fühlbarer macht und schon zu den Wintervorräten gegriffen werden muß. Mäuse machen sich in mehreren Bezirken wieder recht bemerkbar und auch an Hamstern scheint es nicht zu fehlen. Einige Gemartungen sind von Sagelholz betroffen worden, durch ihn sind an dem noch nicht geerntet gewesenen Hafer Körnerverluste entstanden. — Infolge des Landarbeitersmangel ist im Leipziger Bezirke durch Ueberfülligkeit des Getreides viele Körner ausgefallen. Der Verlust wird vom Berichtsteller auf 3,5 bis 4 Doppelzentner auf den Hektar geschätzt.“

Forstdiebstähle.

Im Laufe des Krieges haben die Holzdiebstähle in den Staatsforsten in erschreckendem Umfang zugenommen und dem deutschen Walde, diesem unschätzbaren Gute unseres Volkes, schweren Schaden zugefügt. Auch nach dem Kriege ist es leider nicht gelungen, die Forstfrevel in einem zur Erhaltung einer geordneten Forstwirtschaft nötigen Maße einzudämmen. Der Schutz des Waldes, der an manchen Stellen in der rücksichtslosesten Weise ausgeplündert worden ist, fordert aber unaufschiebliches Einschreiten gegen die Forstfrevel. Es ist eine ernste, unabwiesbare Pflicht der Staatsforstverwaltung, alle hierzu geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Die Staatsforstverwaltung kann daher nicht mehr länger die bisher geübte Milde bei der Verfolgung und Bestrafung von Forstfreveln wahren lassen. Auch das unbefugte Sammeln und Einholen von Holz, das seit dem Kriege immer mehr überhand genommen und vielfach zu Uebergrößen geführt hat, kann künftig nicht mehr geduldet werden. Es hat vielmehr jeder, der beim Vefesholzholen getroffen wird, ohne einen auf seinen Namen lautenden Vefesholzchein bei sich zu führen, und ebenso jeder, der die in dem

Vefesholzchein vorgezeichneten Bedingungen übertritt, zu gewärtigen, daß er zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wird; daselbe gilt für das unbefugte Stöckroden. Alle, die den Wald als eine Stätte der Erholung und Erquickung lieben, und denen seine Erhaltung am Herzen liegt, mögen tatkräftig mithelfen, ihn vor den schweren Gefahren zu bewahren, denen er durch die unrechtmäßigen Eingriffe der Forstfrevel ausgesetzt ist. Niemand würde es mehr als die Staatsforstverwaltung selbst bedauern, wenn es nötig wäre, zum Schutze des Waldes schärfere Maßnahmen anzuordnen, unter denen dann auch die ehrlichen, ordnungsliebenden Besucher des Waldes leiden müßten.“

Das Verfahren gegen die Meuterei bei der Chemnitzer Landespolizei

Nachdem bereits durch den Ministerpräsidenten eine einstweilige Suspendierung der verfürgten Entlassung der meuternden Beamten der Chemnitzer Landespolizei verfügt worden war, ist nunmehr, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, infolgedessen endgültige Entscheidung getroffen worden, als gegen den größten Teil der an der Meuterei beteiligten Beamten eine Disziplinarstrafe verhängt worden ist. Gegen die Rädelsführer jedoch ist das Verfahren noch im Gange und nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung wird mit einer Aufrechterhaltung der Entlassungsverfügung gegen die Rädelsführer gerechnet.

32. Verbandstag des Kreisfeuerwehrverbandes Zwickau-Glauchau-Verband.

am 11. Sept. 1921.

Mit einem Akt der Bezeugung kameradschaftlicher Treue auch über das Grab hinaus nahm der Verbandstag seinen Anfang; in stimmungsvoller Weise wurde ein würdiges Ehrenmal enthüllt, das den 17 gefallenen Kameraden gewidmet ist.

Die Abgeordnetensitzung fand Sonnabend nachmittags von 6 Uhr ab im Hotel „Kaiserhof“ statt. Nach herzlichen Begrüßungsworten teilte der Verbandsvorsitzende, Herr Fabrikbesitzer Paul Reinhold, Meier, mit, daß von den 5200 Mitgliedern der Verbandswehren 3900 am Weistage teilgenommen haben; davon wurden über 1000 verwundet und 500 erlitten den Heldentod; ihnen zu Ehren erhoben sich die Abgeordneten von den Plätzen. Namens der Stadt erbot Herr Bürgermeister Dr. Rüdiger dem Verbandstage herzlichste Grüße. Herr Branddirektor Hüpper, Zwickau, widmete Herrn Reinhold anerkennende Worte, der am 24. April 25 Jahre lang dem Verbandsausfluß angehörte.

Nach dem von Herrn Reinhold erstatteten Bericht zählte Ende 1920 der Kreis 73 Wehren mit 4864 Mann, heute seien es mindestens 300 Mann mehr. Dem Landesverband gehören 649 Wehren mit 48 000 Mann an. Dem von Herrn Branddirektor Weidenmüller, Grimmlitzsch, gegebenen Referat zufolge stehen den 2666,91 Mark Einnahmen an Ausgaben 2625,30 Mark gegenüber. Das Vermögen beträgt 716,61 Mark. Die Körper-Stiftung ist auf 1514,67 Mark angewachsen. Geprüft wurden die Wehren Stangengrün, Cainsdorf mit Niederhauflau und Umg., Rüdorf, Reudersdorf, Kirchberg, Bielau, Gablenz, Frankenhäuser und Rempe mit dem Ergebnis „gut“ bis „sehr gut“. Hervorgehoben wurde, daß bei jeder Prüfung unbedingt ein einfacher Fußdienst geleistet werden müsse.

Ueber die Dresdener gemeinschaftliche Sitzung des Landesausflusses mit den Bezirksvertretern berichtete Herr Kommandant Stühner, Hohenstein-Ernstthal. Er teilte u. a. mit: Große Erregung habe es hervorgerufen, daß hinsichtlich der Verteilung des Feuerwehrens Ehrenzeichens die Regierung so starken Widerstand zeige, trotzdem sich alle anderen Staaten für dessen Wiedereinführung erklärt haben. Alle Anregungen des Verbandes bei der Regierung seien fruchtlos gewesen. Was in anderen Bundesstaaten möglich sei, müsse doch auch in Sachsen angängig sein. Der Landesausfluß werde in dieser Angelegenheit keine Ruhe lassen, unter Umständen aber selbst die Verteilung in die Hand nehmen. Weiter plane der Landesausfluß die eigene Versicherung der Wehren gegen Unfall, denn er könne bedeutend billiger arbeiten als die Gesellschaften; die Sache sei zwar noch nicht spruchreif, man glaube aber die Mittelstände überwinden zu können. Ideale Gründe leiteten die Befürworter der Beschaffung von Motorspritzen, aber die gewaltigen Kosten ständen der Verwirklichung dieser Frage oft entgegen. Redner führt an, daß die Herbeischaffung der Chemnitzer Motorspritze beim Brande in Delsnig i. E. 12 000 Mark Kosten verursachte. Ergänzend berichtete der Verbandsvorsitzende hierzu, daß die Regierung sich in der Ehrenzeichen-Angelegenheit in eine Sackgasse begeben habe. Nach 25jährigem treuen Dienst habe der Wehrmann ein Recht auf diese Auszeichnung, einer Verteilung bedürfe es nicht. Was die Regierung nicht tun wolle, werde der Landesverband ausführen. Zu den Kosten müsse natürlich jeder Einzelne beitragen. Die Aussicht auf eine Rente nach 30jährigem Dienst habe die Regierung nur als Lockspeise hingeworfen; für diesen Zweck seien aber 30 Millionen Mark erforderlich, und im Hinblick auf diese Summe möge man sich keinen Illusionen hingeben. Dem rei Redner zur Voricht bei Anschaffung von Motorspritzen und stellte fest, daß die Zahl der Brände bedeutend abgenommen habe.

Die Wahlen zum Verbandsausfluß vollzogen sich glatt: Die auscheidenden Herren Branddirektor Müller, Leubnitz, und Kommandant Stühner, Hohenstein-Ernstthal (Neustadt), wurden wiedergewählt, für den durch Tod ausgeschiedenen Herrn Weller, Kirchberg, wählte man Herrn Wödel, Kirchberg.

Anträge der Verbandswehren waren nicht eingegangen. Ein Antrag des Verbandsausflusses bezog sich auf die Versicherung gegen Unfall. Da nur ein Drittel sämtlicher sächsischen Gemeinden die Wehren versichert hat, wolle der Verbandsausfluß diese Sache in die Hand nehmen. Er hat festgesetzt, daß gegenwärtig an Prämien rund 30 000

Mark jährlich gezahlt werden, dagegen beträgt die Summe der Leistungen nur 1400 Mark. Jetzt solle die Prämie gar auf das Zehnfache erhöht werden. Redner bittet die Kommandanten, auf ihre Gemeinden dahin zu wirken, daß diese die Beiträge für die Unfallkasse (je Mann 3 Mark jährlich) übernehmen. Der Landesverband wolle die Versicherung so ausgestalten, daß 30 Mark Tagesgeld, 10 000 Mark im Todesfall und 20 000 Mark für Invalidität gezahlt werden. — Herr Härtel, Ebersbrunn, bat, dahin zu wirken, daß erst einmal die noch fernstehenden zwei Drittel der Gemeinden sich der Versicherung anschließen. — Herr Verbandsvors. Reinhold befragt, daß der Gemeindeversicherungsverband so kräftig Stellung gegen die Anregung des Landesverbandes genommen habe. Redner verlange einen gefühlvoll geschützten Anteil am Feuerwehrens. — Herr Kommandant Stühner, Niederplanitz, warnt vor einem besonderen Versicherungsunternehmen und empfiehlt einen Ausbau des Gemeindeversicherungsverbandes, der sehr gut fundiert sei. — Der Herr Verbandsvorsitzende weist darauf hin, daß der Gemeindeversicherungsverband nur 9 Mark Tagesgeld zahle und bei 30 Mark bedeutend höhere Beiträge fordern müsse. — Nachdem noch die Herren Richter, Heinrichsdorf, und Härtel, Ebersbrunn, für die Gemeindeversicherung gesprochen, läßt man es bei der Aussprache bewenden.

Mit Einstimmigkeit wird der Beschluß gefaßt, die Jahressteuer an die Verbandskasse von 50 Pf. auf 1 Mark zu erhöhen.

Der nächste Verbandstag soll in Zwickau gleichzeitig mit dem sächsischen Feuerwehrtage 1922 abgehalten werden, der übernächste, 1923, in Glauchau in Verbindung mit dem Jubeltage der dortigen Wehr.

In der allgemeinen Aussprache teilte der Verbandsvorsitzende Herr Paul Reinhold u. a. mit, daß die Verbandskasse sich in Bautzen, Luchmaderstraße 1a, befinde, wo alle Anliegen anzubringen seien. Anträge auf Verteilung von Diplomen für 20jährige Dienstzeit müssen einen Monat vor dem Jahrtage angebracht werden, in das das Jubiläum fällt. Für 1922 wolle man die Genehmigung für eine abendliche Lotterie nachsuchen. Uniformstoffe sind von der Landesverbandsgeschäftsstelle Reinhold-Meier, zu beziehen. Anlässlich des Verbandstages seien von zwei Wehrmännern Sittungen für die Wehr gemacht worden: eine bereits bestehende von 2000 Mark auf 5000 Mark erhöht und eine 5000 Mark Stiftung neu errichtet worden; indem Redner den edelmütigen Gebern dankt, bittet er um Nachahmung. — Herr Härtel, Oberlungwitz, der die bereits früher gemachte Mitteilung bestätigt, daß ein armer ehrenwürdiger Kamerad seiner Wehr einen großen Gewinn gemacht habe, dankt dem Verbandsvorsitzenden für die um das Zustandekommen der Lotterie aufgewendete Mühe.

Ein Fackelzug der Meeraner Wehr leitete über zu einem wohlgeleiteten Festkommetz in den prachtvoll geschmückten Saal von Härtels Hotel.

Nach dem Hauptangriff der Meeraner Wehr am Stadthaus 3 bewegte sich am Sonntag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung ein Festzug durch die Stadt, an dem unter Begleitung von acht Musikkapellen folgende Wehren mit ihren Spielmannszügen teilnahmen: Cainsdorf, Marienhütte Cainsdorf, Crotzen, Fabrik Leonhardt-Crotzen, Friedrichsgrün, Hartenstein, Kirchberg, Hordewerte Zwickau, Lichtentanne, Jung u. Simons-Scheibitz, Bielau, Weißbach, Wiefenhausen, Wilsenfelds, Willau, Zwickau (stark vertreten), Zschoden, Niederhauflau, Planitz, Altstadt Waldenburg, Alt-Waldenburg, Bernsdorf, Callenberg, Gablenz, Oberlungwitz, Seifersitz, Glauchau (in großer Zahl), die Steiger im blauen Messing-Helm (erregten Aufsehen), Völkstein-C., Hohenstein-Ernstthal, Rempfe, Waldenburg, Rüdorsdorf, Wankenhain, Frankenhäuser, Weiersdorf, Grimmlitzsch (350 Mann, darunter auffällig viel junge Kameraden), Cr. hat Vorbildis für Nachwuchs gefordert, Langenhessen, Ruppertsgrün, Steinpleis, Zwickau, Leubnitz, Sächsische Waggonfabrik Zwickau, Meierane.

Nach dem Festzug fand im Schützenhause für Kommandanten und Ehrengäste ein gemeinsames Mahl statt. Die Wehrmänner nahmen an Gartenfeste und Freiball im Schützenhaus und in Härtels Hotel teil.

25 Jahre Militärverein „Kameradschaft“, Hüttengrund.

—e. Am 10. und 11. September begingen die im genannten Vereine vereinigten alten Soldaten unseres Ortsteiles Hüttengrund mit Festkommers, Wehr- und Festball die 25. Wiederkehr der Vereinsgründung. Der Kommerz fand Sonnabendabend im Mineralbad statt und wurde in feiner Darbietungen bestritten von der Hauskapelle der „Hüttengrund“, dem Gesangverein und dem Turnverein Hüttengrund. Nach dem Einleitungsbericht sprach Fräulein W. Frischke ein Wort; abermaliger Musikvortrag und Dirners. Sturmbeibwörung“ leiteten über zur Festsrede des 1. Vorsitzenden, Herrn Lehrer Meier, der nach Begrüßung der erschienenen Gäste und Kameraden und den Dank an die Mitwirkenden u. a. aussprachte: „Das 25. Stiftungsfest ist eine ganz besondere Ruhepause im Leben eines Vereins. Im September 1896 erfolgte die Gründung des Vereins, dessen 1. Vorsitzender Kamerad Riefe war. 1897 wurde er in den Militärvereinsbund aufgenommen und schaffte sich nach und nach Mütze und Uniform sowie acht Gewehre an. 1904—1912 war Kamerad Rauchsfuß 1. Vorsitzender. 1912—1915 Franz Große, 1915—1919 leitete ihn der 2. Vorsitzende Spinbler, 1919 wurde Kamerad Lippmann und im Frühjahr 1921 der Redner 1. Führer des Vereins. Die Schwierigkeiten der nächsten Zeit sind groß, zumal das Interesse am Verein schon jetzt manchmal zu schwinden scheint. Ein Neuaufbau des Vereins ist möglich, aber nur nach Abstreifen des militärischen Anstriches; Pfleger vaterländischer Gesinnung soll künftig der Hauptzweck des Vereins sein. Jede Partei hat die Pflicht, dem Vaterlande zu dienen, und alle Parteien für

